

Klarstellung der Caritas zu Aussagen von LR Waldhäusl

Wien (OTS) - Seit mehr als 25 Jahren betreut die Caritas in St. Gabriel in Maria Enzersdorf Menschen auf der Flucht. Darüber hinaus wohnen seit 2009 rund 45 physisch und psychisch kranke Menschen in dem Missionshaus der Steyler Missionare. Schon in der Vergangenheit ist die Betreuung nur durch zusätzliche Unterstützung von Spenderinnen und Spendern, und dank der Hilfe von freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie auch durch eine gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde und der Polizei möglich gewesen. Entgegen den Aussagen des Landesrates gibt es schon seit Bestehen der Caritas Einrichtung eine 24 Stundenbetreuung in St. Gabriel.

Seit mittlerweile zwei Jahren, speziell nach dem Mord am Wiener Brunnenmarkt in Wien, hat die Caritas wie auch die Volksanwaltschaft das Land Niederösterreich wiederholt und sehr eindringlich darauf aufmerksam gemacht, dass einige schwer kranke Bewohner mit den zu Verfügung stehenden Mitteln nicht so intensiv betreut werden können, wie es ihre Erkrankungen erfordern würden. Auf dieses Risiko und die Verantwortung des Landes haben wir als Caritas die zuständigen Behörden seit 2016 mehrfach hingewiesen und laufend Vorschläge für eine verbesserte medizinische und psychiatrische Versorgung der schwer traumatisierten Menschen gemacht. Nach dem gewaltsamen Tod eines Bewohners Anfang Mai hat die Caritas sofort um ein Krisengespräch im Büro des zuständigen Landesrates ersucht. Seit diesem durchaus konstruktiven Gespräch mit dem Büro vor 4 Wochen, wurde die Caritas ständig vertröstet und hat bis heute keinerlei schriftliche Information erhalten.

Die Sicherheit der Bevölkerung, der Bewohner und Mitarbeiter ist für die Caritas neben der optimalen Betreuung sehr wichtig. Deshalb ist die aktuelle Entscheidung des zuständigen Landesrates sehr besorgniserregend. Wie die Caritas gestern Abend den Medien entnommen hat, sollen die z.T. schwer kranken Bewohner des Hauses mit langer Tradition in der Flüchtlingshilfe offenbar in schlechter betreute Quartiere in Niederösterreich verlegt werden. Dabei handelt es sich bedauernswerter Weise und entgegen Ankündigungen von Landesrat Waldhäusl um keine Lösung im Sinne einer besseren Betreuung und höheren Sicherheit.

Die Volksanwaltschaft hat schon vor geraumer Zeit festgestellt,

dass es in der Flüchtlingshilfe im Allgemeinen und speziell auch in Niederösterreich zu wenig Personal und zu wenig psychiatrische Versorgung gibt. Das ist ein Problem, das in vielen Einrichtungen dieser Art beobachtet wird und in der Verantwortung des Landes Niederösterreich lag und liegt.

Die Caritas war und ist gesprächsbereit. Dass der zuständige Landesrat dieses persönliche Gespräch bisher verweigert hat, ist bedauerlich.

~

Rückfragehinweis:

Andrea Frauscher

Pressestelle Caritas der Erzdiözese Wien

Tel.: 0664/8294411

Mail: andrea.frauscher@caritas-wien.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/60/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0075 2018-06-08/10:33

081033 Jun 18

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180608_OTS0075